

Zusicherungs- und Freistellungserklärung

Nach § 13 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz, im Folgenden "MiLoG") i.V.m. § 14 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (Arbeitnehmerentsendegesetz, im Folgenden "AEntG") haftet der Auftraggeber im Fall der Beauftragung eines Unternehmers mit der Erbringung von Werk- und Dienstleistungen für Verpflichtungen dieses Unternehmers oder seiner Nachunternehmer zur Zahlung des Mindestentgelts an Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen wie ein selbstschuldnerischer Bürge.

Zur Sicherstellung der Einhaltung der o.g. Regelungen und im Interesse einer angemessenen Risikoverteilung erklärt das Verkehrsunternehmen gegenüber dem Landkreis folgende Zusicherungen und Haftungsfreistellungen bei Abschluss der Vereinbarung:

I. Zusicherungen

1. Das Verkehrsunternehmen sichert zu, bei Ausführung von Aufträgen seitens des Landkreises die Vorschriften des MiLoG einzuhalten und den gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen.
2. Das Verkehrsunternehmen sichert ferner zu, dass auch von ihm beauftragte Nachunternehmer und Verleiher (Leiharbeitsunternehmen im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes) die Vorschriften des MiLoG einhalten und den gesetzlichen Mindestlohn zahlen. Das Verkehrsunternehmen sichert insoweit zu, seine Nachunternehmer und Verleiher entsprechend verpflichtet zu haben.
3. Das Verkehrsunternehmen sichert zu, nicht von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen zu sein.
4. Das Verkehrsunternehmen weist dem Landkreis auf Verlangen die Erfüllung der vorgenannten Zusicherungen durch geeignete Maßnahmen nach (z. B. durch Einsicht in anonymisierte Lohn- und Gehaltslisten oder durch ein Audit während der üblichen Geschäftszeiten nach vorheriger Ankündigung unter Wahrung von Geheimhaltung und Datenschutz).

II. Haftungsfreistellungen

1. Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich, den Landkreis von allen Ansprüchen Dritter - insbesondere Ansprüchen eigener Arbeitnehmer, eventueller Nachunternehmer oder deren Arbeitnehmer sowie beauftragter Verleiher - aus oder im Zusammenhang mit den Vorschriften des MiLoG freizustellen, die sich aus der Ausführung von Aufträgen des Landkreises durch das Verkehrsunternehmen ergeben.
2. Die Verpflichtung zur Freistellung gilt ausdrücklich auch für Ansprüche von Sozialversicherungsträgern und Finanzbehörden.
3. Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich, den Landkreis unverzüglich darüber zu informieren, wenn er im Zusammenhang mit den Vorschriften des MiLoG durch eigene Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerinnen oder durch Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von Nachunternehmern oder einem beauftragten Verleiher bzw. eines Sozialversicherungsträgers oder von Finanzbehörden in Anspruch genommen wird oder Kenntnis davon erhält, dass entsprechende Ansprüche geltend gemacht werden.
4. Wird der Landkreis oder einer seiner Organe oder Mitarbeitenden im Zusammenhang mit den Vorschriften des MiLoG und im Zusammenhang mit der Ausführung von Aufträgen des Landkreises durch das Verkehrsunternehmen wegen einer fahrlässigen Pflichtverletzung von Vorschriften rechtskräftig zu einem Bußgeld oder einer Strafe verurteilt, erstattet das Verkehrsunternehmen dem Landkreis oder dem jeweils Belasteten das zu zahlende Bußgeld bzw. die zu zahlende Geldstrafe, sofern dies keine Strafvereitelung darstellt.
5. Das Verkehrsunternehmen verpflichtet sich darüber hinaus, den Landkreis unverzüglich darüber zu informieren, wenn ihm gegenüber ein Ordnungswidrigkeiten- und/oder Strafverfahren im Zusammenhang mit den Vorschriften des MiLoG eingeleitet wird oder er Kenntnis von entsprechenden Ermittlungen - auch gegenüber seinen Nachunternehmern oder einem beauftragten Verleiher - erhält.

III. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Erklärung oder Teile solcher Bestimmungen rechtsunwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit der Erklärung im Übrigen davon nicht berührt. Die Parteien werden in einem solchen Fall eine Vereinbarung treffen, die die unwirksame Erklärung durch eine rechtlich zulässige Erklärung, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Erklärung möglichst nahekommt, ersetzt. Entsprechendes gilt für Lücken der Erklärung.